Pressemeldung

Regionale Schulentwicklungskonferenzen (RSK): Neues Behördenpapier entpuppt sich als „Maulkorb-Erlass“ für Eltern und Beteiligte

Hamburg, 24. September 2008 – Mit Beginn der ersten sog. „Regionalen Schulentwicklungskonferenzen“ (RSK) hat, wie jetzt bekannt wurde, die Behörde ein Papier an die Beteiligten verteilen lassen, aus dem hervorgeht, dass jede Kritik seitens der teilnahmeberechtigten Eltern, Lehrkräfte und Schulleitungen in den Konferenzen unerwünscht ist und unterbunden werden soll.

In dem Behördenpapier, das der Volksinitiative „Wir wollen lernen!“ vorliegt, ist zunächst unter der Überschrift „Sitzungsdurchführung und Verantwortlichkeiten“ die Sitzungsfolge und -dauer genau festgelegt und auf eine “dreistündige Auftaktveranstaltung, drei vierstündige Arbeitsversammlungen und eine Abschlussversammlung, in deren Verlauf die Empfehlung der RSK präsentiert wird“, begrenzt. Die **Beteiligten sind nicht berechtigt, selbst die Konferenz zu leiten oder auch nur Protokoll zu führen**. Stattdessen heißt es in dem Papier der Behörde: „Die Leitung und fachliche Verantwortung sowie die fachliche Expertise der Hamburger Schulreform liegt bei der zuständigen regionalen **Schulaufsicht**.“

In einem mit der Überschrift **„Spielregeln“** versehenen Absatz lässt die Planungsgruppe der Behörde dann die „Katze aus dem Sack“. Denn dort wird in bester Preußischer Behördenmentalität vorgegeben, **wie sich die Beteiligten zu verhalten haben**. Es heißt dort:

Zitat:

- *Die Beratungen der **RSK finden in einem geschützten Raum und einer Atmosphäre gegenseitiger Wertschätzung statt***
- ***Die RSK arbeitet zielorientiert***
- *Die RSK ist der Raum für das Vorbringen und den Abgleich von Interessen, **nicht für das Austragen von Positionen***
- *Im Mittelpunkt der Beratung steht die Sache, nicht die Person*
- *Minderheiten sind zu hören und zu berücksichtigen*
- ***Alle Systeme und deren Vertreterinnen bzw. Vertreter sind gleichberechtigt, unabhängig von ihrer jeweilige aktuellen Größe bzw. Rolle***
- ***Die Konferenzen beginnen und enden pünktlich***

- *Sie folgen einer **festgelegten, vereinbarten Struktur; verabredete Pausen werden eingehalten***
- ***Die Durchführung der Konferenzen findet** in angemessener Umgebung, mit adäquater technischer und medialer Ausstattung sowie **in einem Mindestmaß an äußeren Störungen statt***
- *Die Teilnehmenden verfügen jederzeit über die für sie notwendeigen Arbeitsmaterialen und sind ausreichend miteinander vernetzt.*

„Diese Vorgaben der Behörde sind ersichtlich **darauf angelegt, jede Diskussion und Kritik von vornherein zu unterbinden!**“ kommentiert Dr. Walter Scheuerl, der Sprecher der Hamburger Volksinitiative „’Wir wollen lernen!’ für den Erhalt der Hamburger Gymnasien und weiterführenden Schulen ab Klasse 5“ das Behördenpapier. Dafür spricht auch, dass **die Hauptbetroffenen, nämlich die Eltern der heutigen Kita- und Kleinkinder, an den RSK nicht teilnehmen dürfen**. „Das Festlegen der Konferenzen („RSK arbeitet zielorientiert“) auf das erklärte Ziel der Planungsgruppe, die Hamburger Schulen in Primarschulen und Stadteilschulen und eine kleine Zahl von Gymnasien aufzuteilen und zu diesem Zweck **40 Prozent der Gymnasien zu schließen bzw. in Stadtteilschulen umzuwidmen**, widerspricht den Lippenbekenntnissen der Senatorin Goetsch zu einer demokratischen Beteiligung der Betroffenen.“ so Scheuerl weiter.

„Das Einrichten der RSK, die als Gremien im Hamburgischen Schulgesetz überhaupt nicht vorgesehen sind, bei gleichzeitiger Ausgabe von ‚Maulkörben’ an die Teilnehmer, ist **eine Farce. Sie zielt ersichtlich nur darauf ab, dem behördlichen Masterplan anschließend das falsche Etikett von angeblicher Basisdemokratie umhängen zu können**. Denn im Ergebnis“, so Scheuerl, „stellt die 8-köpfige ‚*Planungsgruppe Primarschule*’ der Behörde, deren Zusammensetzung die Behörde bisher ‚aus datenschutzrechtlichen Gründen’ geheim hält, ohnehin ihren eigenen Masterplan auf.“

Hintergrund:

Die Volksinitiative „Wir wollen lernen!“ wurde im Mai 2008 als Reaktion auf die Pläne der Hamburger Koalitionsparteien GAL und CDU ins Leben gerufen. Sie setzt sich für den Erhalt der Hamburger Gymnasien und anderen weiterführenden Schulen ab Klasse 5 und für die Verbindlichkeit des Elternwillens bei der Wahl der Schulform ein. Dr. Walter Scheuerl, Sprecher und einer der drei Vertrauenspersonen der Volksinitiative, ist Vater von zwei Kindern und von Beruf Rechtsanwalt.

Fachliche Unterstützung erhält die Volksinitiative vom **Deutschen Lehrerverband**, der **mit über 160.000 Mitgliedern größten Lehrerorganisation** in Deutschland außerhalb der Gewerkschaften des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB).

Ansprechpartner für Rückfragen

Dr. Walter Scheuerl
Tel.: +49 (0)40 359 22-270
Mobil: +49 (0)172 43 53 741
Fax: +49 (0) 40 359 22-234
E-mail: walter.scheuerl@wir-wollen-lernen.de
Internet: www.wir-wollen-lernen.de